

Die Lösung steht,
nur die Volksbe-
fragung scheidet
die Geister.

Bleiburg
Pliberk

Befragung ist für FPK ein Muss

Daniel Raunig

■ Finale im Ortstafel-Entscheid ■ FPÖ gibt nun „Rückendeckung“

Vor einer knappen Woche wurde ein endgültiger Ortstafelkompromiss gefasst. Die Volksbefragung ist jedoch ein Streitthema.

Kärnten. Mit Unverständnis reagiert FPK-Obmann Uwe Scheuch auf die Diskussionen über die Volksbefragung zur Ortstafellösung. „Eine Volksbefragung ist ein ganz wichtiges demokratiepolitisches Instrument. Gerade bei einem so wichtigen Thema wie

der Ortstafelfrage sollte dem direkten Votum der Bevölkerung ganz besondere Bedeutung zukommen. Warum die anderen Parteien Angst vor einer Entscheidung durch die Menschen haben, ist mir schleierhaft“, stellt Scheuch fest. Er sei überzeugt davon, dass die Politik in der Ortstafelfrage eine gute Lösung ausgearbeitet habe, die in einer Volksbefragung auch brei-

te Zustimmung bekommen werde, so Scheuch. Indes hat sich nun auch die FPÖ Kärnten zur Causa zu Wort gemeldet – sie unterstützt sowohl den Kompromiss als auch die geplante Volksbefragung.

FPÖ: „Eine Volksbefragung ist unsere Pflicht“

„Eine politische Lösung alleine ist zu wenig, wir müssen schon aus basisdemokratischen Gründen

auch das Volk befragen – das ist unsere Pflicht“, bekräftigt der geschäftsführende Landesparteiobmann der FPÖ, Christian Leyroutz.

**Kosten des Referendums:
Rund 400.000 Euro**

Wann die Volksbefragung stattfindet, steht noch nicht fest. Möglich wäre bereits ein Termin in der zweiten Juni-Hälfte. Fix ist nur, was die Volksbefragung kosten wird – satte 400.000 Euro sind dafür veranschlagt. Und an genau diesen Kosten üben der Kärntner Heimatdienst und die ÖVP Kritik.

KÄRNTEN  INTERN

Volksbefragung als Ablenkungsmanöver

Die Steuerzahler müssen für FPK-Aktion zahlen. Die erinnert an Jörg Haiders mehrfache Zwischenwahlkämpfe./Unmoralisches 500.000-Euro-Angebot an die Volksgruppe bei den Ortstafelverhandlungen.

Die meist gestellte Frage in Kärnten ist derzeit leicht auszumachen: „Wozu ist die Volksbefragung zur Ortstafellösung notwendig, wo es doch den einhelligen Konsens gibt?“ Die Befragung will die FPK, die Kosten von 400.000 bis 500.000 Euro muss allerdings der Steuerzahler berappen. Denn die vier FPK-Vertreter werden die Befragung mit ihrer absoluten Mehrheit (vier von sieben Sitzen) in der Landesregierung als Landesmaterie durchpressen. Auffallend deutlich hat sich ÖVP-Landesrat **Josef Martinz** – gleich wie SPÖ-Chef **Peter Kaiser** – dagegen ausgesprochen und FPK-Chef **Uwe Scheuch** aufgefordert, auf die „sinnlose“ Befragung zu verzichten. Martinz kann so couragiert auftreten, weil die Ortstafelfrage im koalitionsfreien Raum steht.

Landeshauptmann **Gerhard Dörfler** will offiziell zwar keine unterschiedliche Position mit seinem Parteichef Uwe Scheuch gelten lassen. Offensichtlich ist, dass die Volksbefragung von Scheuch gefordert ist. Über lange



Die Postkarte von Ideenfabrikant Reinhard Eberhart zur Ortstafellösung

Phasen war er zuletzt öffentlich kaum präsent; als Angeklagter in der „Part-of-the-Game“-Causa – die Gerichtstermine stehen an – und zuletzt mit der Connect-Affäre ist das nicht verwunderlich. Die Volksbefragung will Scheuch wohl zur Ablenkung nützen. Das erinnert an Jörg Haiders Zeiten. Unterschriftensammeln in der Ortstafel-Frage wurde mehrfach als Zwischenwahlkampf genutzt.

Dörfler bleibt nichts anderes als mitzuziehen, denn die Volksbefragung war das Faustpfand, damit seine Partei der Ortstafellösung zustimmt. Dabei haben die anderen Verhandler bis zum Schluss gehofft, dass die FPKler im letzten Schritt doch auf die Befragung verzichten: Dienstag, als klar war, dass auch die Volksgruppe dem Lösungsvorschlag geeint zustimmt und Scheuch mit

am Tisch saß, wäre die Chance da gewesen. Die FPKler hätten argumentieren können, dass mit diesem breiten Konsens die Befragung nicht mehr notwendig ist. Geld schien bei den Ortstafelverhandlungen genügend parat gewesen zu sein. Slowenenvertreter **Marjan Sturm** berichtet vom Angebot Dörflers: Das Land hätte der Volksgruppe 500.000 Euro gezahlt, wenn sie auf Slowenisch als Amtssprache in St. Kanzian und Eberndorf, wo es breite Ablehnung gibt, verzichtet. Das unmoralische Angebot wurde einhellig abgelehnt.

Viele Kärntner fühlen sich bereits im Zwiespalt. Sie lehnen die für Juni geplante Volksbefragung als unnötig und FPK-Aktion ab, müssten aber daran teilnehmen, um nicht den Ortstafel-Nein-Sagern das Feld zu überlassen. Zu hören ist, dass die FPKler an eine Briefwahl denken. Damit könnte man stärker die Zustimmung auch fern des zweisprachigen Gebietes erreichen und Einzel-Gemeindeergebnisse vermeiden. **ANDREA BERGMANN**

Ortstafeln: Kritik an der Befragung

■ **Kärntner ÖVP und KHD dagegen**
■ **Bundes-ÖVP und FPK sind dafür**

Für Vizekanzler Michael Spindelegger und Uwe Scheuch gehört eine Volksbefragung zum Kompromiss. Die Kärntner ÖVP sieht das freilich anders.

Kärnten. „Kärnten ist frei vom Ortstafelkonflikt“, sagte Staatssekretär Josef Ostermayer (SPÖ), als am vergangenen Dienstag die endgültige Lösung präsentiert wurde. Während die Freunde über den erzielten Konsens noch immer groß ist, scheiden sich

bei der geplanten Volksbefragung die Geister.

„**Risikoreich**“. Für Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) ist eine Volksbefragung Teil des Ortstafel-Kompromisses. Und: Sie würde an der Umsetzung der beschlossenen Lösung nichts ändern. Der Kärntner Heimatdienst (KHD) sieht das ein bisschen anders. „Eine risikoreiche Volksbefragung kann den für ein dauerhaftes friedli-

ches Miteinander dringend notwendigen Vertrauensbildungsprozess nicht ersetzen“, heißt es.

Gefährdung. „Eine Volksbefragung über das Ergebnis der Ortstafelverhandlungen ist völlig sinnlos, weil sie nur Kosten verursacht und für den Nationalrat nicht bindend ist“, so auch ÖVP-Chef Josef Martinz. Wie berichtet, kostet die geplante Befragung immerhin rund 400.00 Euro.

Uwe Scheuch: „Es geht darum, das Volk auf diese Lösung einzuschwören.“



„Eine Volksbefragung würde außerdem nur denjenigen, die keine Lösung wollen, wieder eine Plattform bieten. Sie würde auch das Verhandlungsergebnis von Landeshauptmann Gerhard Dörfler beschädigen“, so Martinz. Er befürchtet, dass das Verhandlungsergebnis durch eine Volksbefragung gefährdet wird, „nur weil Uwe Scheuch auch Anteil am Verhandlungsergebnis erhalten will.“

„**Werden das sicher machen.**“ Aller Kritik zum Trotz steht FPK-Boss Uwe Scheuch zur Volksbefragung, die bereits im Juni stattfinden könnte. „Wir dürfen uns vor dem Souverän nicht fürchten. Es geht darum, dass wir das Volk, die Bevölkerung wirklich einschwören auf diese Lösung“, meint Scheuch. Und: „Wir werden das von unserer Seite sicherlich machen.“

Eveline Vinzens

KARNTNER SLOWENEN

Schwierige Suche nach einem gemeinsamen Weg

26. April 2011, 23:03



Harte Endrunde: Valentin Inzko (li.) und Landeshauptmann Gerhard Dörfler.

Die jahrzehntelange Spaltung der Kärntner Slowenen in zuletzt drei rivalisierende Volksgruppen-Organisationen war mit ein Grund, warum die Ortstafel-Lösung so lange auf sich warten ließ

Klagenfurt - Sie mussten lange ausharren, bis sie ihre laut Staatsvertrag noch ausstehenden Volksgruppenrechte endlich zugestanden bekamen. Dass sich die Politik unterschiedlichster Couleur leicht tat, die Kärntner Slowenen immer wieder hinzuhalten, hatte auch damit zu tun, dass die relativ kleine slowenische Minderheit über die Jahrzehnte selbst tief gespalten war. Und so saßen zumindest im letzten Dezennium drei Slowenen-Organisationen mit unterschiedlicher Geschichte und Weltanschauung am Ortstafel-Verhandlungstisch.

Die älteste, der katholisch-konservative Rat der Kärntner Slowenen (NSKS), vertreten durch den Botschafter und internationalen Sondergesandten Valentin Inzko, ist mit rund 5000 Mitgliedern nicht nur die zahlenmäßig größte, sondern war auch immer die streitbarste Gruppe gewesen. So hatte das Ratsmitglied Rudi Vouk mit seinen Schnellfahr-Aktionen in gemischtsprachigen Gemeinden ohne zweisprachige Ortstafeln den Verfassungsgerichtshof (VfGh) aktiviert und damit den Weg für eine rechtsstaatliche Lösung der Frage freigemacht.

Politisch realistisch dagegen zeigte sich stets der linksgerichtete Zentralverband, der sich aus ehemaligen slowenischen NS-Widerstandsbewegungen zusammensetzt. Dessen langjähriger Vorsitzender **Marjan Sturm** hatte als Erster seiner Volksgruppe den Dialog mit dem deutschnationalen Kärntner Heimatdienst begonnen, der als Drahtzieher des Ortstafelsturms 1972 galt.

Erste Brückenbauer

Sturm, der damals selbst als Ortstafelschmierer vor dem Richter stand und dessen Familie von den Nazis verfolgt und teilweise getötet wurde, baute gemeinsam mit KHD-Chef **Josef Feldner** eine erste Brücke zwischen Kärntner Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung. Die beiden jeweils knapp gescheiterten Ortstafellösungen der Regierungen Wolfgang Schüssel und Alfred Gusenbauer sind daher auch auf das Duo Sturm und Feldner in der sogenannten "Konsensgruppe", die dafür auch internationale Friedenspreise einheimste, zurückzuführen. "Verräter" Feldner wurde von Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) allerdings von den aktuellen Verhandlungen ausgeschlossen.

Auch Bernard Sadovnik von der Gemeinschaft der Sloweninnen und Slowenen (SKS) zeigte sich kompromissbereit. 2003 spaltete sich der frühere Ratsvorsitzende ab, weil er im Rat damals keine Mehrheit für seinen Konsensweg mit Sturm bekommen hatte. Beide hatten auch diesmal ihre Zustimmung für den Ortstafelvorschlag von SP-Staatssekretär Josef Ostermayer und Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) signalisiert, als der Rat dagegen noch Sturm lief. Am Ende stimmten alle drei dafür. (stein, STANDARD-Printausgabe, 27.04.2011)

DIE EINIGUNG GELANG, WEIL KEIN HAIDER SICH MEHR QUER LEGTE

Endlich europäische Normalität

KOMMENTAR VON Ralf Leonhard



Jedes Jahr am 10. Oktober wird in Kärnten der Jahrestag der Volksabstimmung von 1920 gefeiert, in der sich die Bevölkerung des gemischtsprachigen Gebiets in Unterkärnten für den Verbleib bei Österreich aussprach. Mitglieder des Abwehrkämpferbundes und anderer Heimatverbände marschieren dann in ihren Trachten in grimmer Haltung auf, als gälte es noch, slawische Kommunisten über die Grenze zu treiben.

Die Vehemenz, mit der der Konflikt um ein paar Dutzend Ortstafeln geführt wurde, war noch erklärbar, solange ehemalige slowenische Partisanen und Veteranen des Abwehrkampfes einander Verrat und Blutvergießen vorwerfen konnten. Heute sind nur mehr ganz wenige am Leben. Dass trotzdem bis zuletzt noch mit ethnischen Ressentiments Stimmung gemacht werden konnte, ist das zweifelhafte Verdienst von Jörg Haider, der als begnadeter Populist auf das Schüren von Emotionen setzte.



Ralf Leonhard ist Korrespondent der taz in Österreich. Foto: privat

Jetzt ist es also, zweieinhalb Jahre nach Haider's Unfalltod, gelungen, einen Kompromiß um die Ortstafeln auszuhandeln, mit dem alle leben können. In Kärnten wird künftig europäische Normalität gelebt werden können. Das ist nicht nur deshalb möglich geworden, weil Jörg Haider sich nicht mehr querlegen kann. Auch Gerhard Dörfler, sein

Nachfolger als Landeshauptmann, hatte auf Polarisierung gesetzt, um die Stimmen der deutschsprachigen Mehrheit zu binden. Dörfler hat aber erkannt, dass diese Politik nicht mehr mehrheitsfähig ist.

Seit Jahren läuft ein von

Vermittlern wie dem Institut für integrative Konfliktbearbeitung (IICP) in Wien betriebener Verständigungsprozess, in dem zunächst Marjan Sturm, einer der wichtigsten Slowenenvertreter, und Josef Feldner vom Kärntner Heimatdienst einander näher kamen und das Kriegsbeil begruben. Schließlich konnte auch der deutschnationale Abwehrkämpferbund seine Parolen nicht mehr rechtfertigen und die slowenischen Kärntner rückten von ihren Maximalforderungen ab.

Die Politiker, die sich jetzt feiern lassen, mussten nur mehr die Ernte einfahren.

Neue Zuercher Zeitung

27. April 2011

Ortstafelstreit in Kärnten

Immer wieder hatte Haider die Anti Slowenen-Karte gezogen, um mit billiger Rhetorik in Deutsch-Kärnten zu punkten. Dass der Landeshauptmann Dörfler heute in Sachen Ortstafelstreit (NZZ 12. 4. 11) die Streitaxt zu begraben versucht, ist immerhin löblich. Allerdings fallen dabei Merkwürdigkeiten auf: Der Kompromiss setzt sich über die Forderung des Verfassungsgerichts hinweg: statt bei 10 Prozent setzt er den Mindestanteil von Slowenen als Bedingung für zweisprachige Ortsschilder bei 17,5 Prozent an. Bei dem Kompromiss sind die Kärntner Slowenen zwar zu Gesprächen eingeladen, jedoch nicht am Verhandlungstisch dabei gewesen. Eigenartig ist, dass der deutschnationale Heimatbund als privater Verein bei diesen Verhandlungen von der Regierung als gewichtiger Partner betrachtet wird. Stossend letztlich, dass der Landeshauptmann eine Volksbefragung durchführen will: demnach soll die überwältigende deutschsprachige Mehrheit darüber entscheiden, ob völkerrechtliche Standards gültig sein sollen oder nicht.

*Romedi Arquint, Generalsekretär
der Union europäischer Volksgruppen*

Kurzkomentar

Obmann Josef Feldner

Eine unglaubliche Desinformation des ehemaligen Präsidenten der angesehenen „Europäischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEF), Romedi Arquint in der renommierten „Neue Zürcher Zeitung“

Übrigens: Der „Heimatbund“ existiert seit 1945 nicht mehr ...